



Hans-Peter Mayer MdEP



Straßburg Aktuell

Nr. 33 - Plenarwoche 11. - 15. April 2005

Informationen Ihres Europaabgeordneten
Professor Dr. Hans-Peter Mayer, CDU/EVP-ED



I. Allgemeine Informationen

Deutschland ist auf verschiedenen Ebenen in Brüssel vertreten.

- a) Die deutsche Botschaft (Belgien Deutschland) unter der Leitung von Botschafter Dr. Jessen hat die üblichen Aufgaben einer deutschen Botschaft im Ausland.
- b) Daneben gibt es die "Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland" bei der Nordatlantikpakt-Organisation (Nato) unter Leitung des Botschafters Dr. Reyels.
- c) Darüber hinaus setzt sich die "Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union" für die Interessen Deutschlands ein. Diese ständige Vertretung ist mit etwa 150 Leuten in Brüssel vertreten und wird von Botschafter Dr. Schönfelder geleitet. Sie bereitet die Arbeit für den Ministerrat vor und ist daher in alle Prozesse der EU mit eingebunden.
- d) Weiter hat jedes Bundesland eine "Landesvertretung" in Brüssel, die sich mit den laufenden Arbeiten der Europäischen Institutionen beschäftigt und die jeweiligen Landesinteressen vertritt. Niedersachsen wird in Brüssel durch die niedersächsische Landesvertretung repräsentiert, in der 11 Referenten und 8 weitere Mitarbeiter arbeiten. Als Außenstelle der Niedersächsischen Landesregierung in Brüssel setzt sich die Vertretung vor Ort für die europäischen Anliegen Niedersachsens ein. Sie steht darüber hinaus allen Organisationen, Verbänden, Personen und Unternehmen Niedersachsens zu Beratung und Kontaktvermittlung zur Verfügung. Das Büro ist weiterhin Ansprechpartner für die an Niedersachsen interessierten europäischen Institutionen, Verbände und Unternehmen.

II. Das Europäische Parlament (EP) hat u.a. folgende Gesetzestexte und Erklärungen beschlossen:

1. EU-Aufnahme von Bulgarien und Rumänien

Am Mittwoch hat das EP über den für Januar 2007 geplanten EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens abgestimmt. Die Abstimmung hat für beide Kandidaten die grundsätzliche Zustimmung zum Beitritt ergeben. Während die Aufnahme Bulgariens weitgehend unstrittig war, wurde die Beitrittsreife Rumäniens hingegen mit einigen Fragezeichen versehen. Insbesondere eine große Anzahl von CDU/CSU-Abgeordneten lehnten eine Zustimmung zum Beitritt der beiden Länder ab, da eine Abstimmung 20 Monate vor dem geplanten Beitrittstermin in Hinblick auf die immer noch vorliegenden eklatanten Rückstände beider Länder verfrüht ist. Leider ließ sich diese Position bei der Abstimmung in der Plenarsitzung nicht durchsetzen. Die Europaparlamentarier haben aber erwirkt, dass das EP auch nach seiner grundsätzlichen Zustimmung weiter in die Verhandlungen zwischen Ministerrat, Kommission und der rumänischen Regierung eingebunden bleibt.

Zwar hat Rumänien bereits Fortschritte gemacht, weitere Anstrengungen sind jedoch notwendig. Erforderlich ist die wirksame Umsetzung der Reformen in der Verwaltung und im Justizwesen, die weitere Bekämpfung der Korruption, insbesondere auf hoher Ebene, die Beseitigung von Gewalt

und Menschenrechtsverletzungen sowie Diskriminierung gegen Minderheiten. Ferner sollen die Grenzkontrollen effizienter und die Rechtsvorschriften über die staatlichen Beihilfen richtig angewandt werden. Ich habe gegen die Aufnahme beider Länder gestimmt. Zum jetzigen Zeitpunkt erfüllen diese Staaten bei weitem nicht die Beitrittskriterien, die ein rechtsstaatliches und stabiles Europa garantieren sollen.

2. Waffenembargo gegen China

Im Rahmen der jährliche Aussprache legte das EP seinen Initiativbericht zur EU-Außen- und Sicherheitspolitik vor. Der Bericht bringt auch das Waffenembargo gegen China zur Sprache. Das Waffenembargo mit China darf nach Ansicht des Parlaments nicht aufgehoben werden, da die Beziehungen zu China nur auf Handels- und Wirtschaftsebene, nicht aber im Bereich der Menschenrechte und der Demokratie Fortschritte gemacht haben. Die Abgeordneten forderten den Rat daher auf, mit dem EP das Konzept der "strategischen Partnerschaft" mit Drittländern zu erörtern und diese Beziehung mit China und mit der Russischen Föderation zu bewerten.

3. Sozialvorschriften im Straßenverkehr

In zweiter Lesung wurde über neue Vorschriften für LKW- Fahrer abgestimmt. Der Verkehrsausschuss unter Führung des Hamburger CDU- Politikers Dr. Jarzembowski sprach sich für eine flexible Aufteilung der täglichen Ruhezeit von 12 Stunden in insgesamt vier Teile aus. Dabei muss jeden Tag einmal eine Mindestruhezeit von acht Stunden eingehalten werden. Um die Lenk-, Pausen- und Ruhezeiten besser kontrollieren zu können, soll ein manipulations sicherer digitaler Tachograph eingeführt werden. Ab dem 5.August 2006 müssen alle neuen LKW-Fahrzeuge mit diesen Fahrtenschreibern ausgestattet sein.

4. Verstärkung der Effizienz energiebetriebener Produkte

Ebenfalls in zweiter Lesung wurde eine Richtlinie verabschiedet, die erhebliche Energieeinsparungen bei Elektrogeräten zum Ziel hat. Laut Kommission können über die Hälfte der CO₂-Reduktionen, die die EU nach dem Kyoto-Protokoll leisten muss, allein dadurch vermieden werden.

5. Bekämpfung der Euro-Fälschung

Die Abgeordneten stimmten für die direkte Zusammenarbeit Europols mit den nationalen Zentralstellen der Mitgliedstaaten. Bislang kann Europol Informationen nicht direkt an die Mitgliedstaaten übermitteln, sondern nur über die nationalen Verbindungsbüros, was die Übermittlung von Informationen erschwert und verlangsamt. Weiter soll Europol ab sofort alle Informationen und Unterlagen (auch von Drittstaaten oder Drittstellen) sammeln können, so dass die Ermittlung, Verhütung und Bestrafung der Euro-Fälschung erleichtert wird.

III. Weitere Themen waren:

- Einrichtung einer Europäischen Polizeiakademie
- Begrenzung des Schwefelgehalts von Schiffskraftstoffen
- Wiederverwendbarkeit, Recyclingfähigkeit und Verwertbarkeit von Fahrzeugen
- Bericht des Europäischen Rates und Erklärung der Kommission zur Tagung des Europäischen Rates in Brüssel am 22. und 23. März.
- Erleichterung der Visavergabe an Wissenschaftler
- Haushaltsentlastung 2003

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:

www.europarl.eu.int/gui-de/search/docsearch_de.htm oder www.europarl.eu.int/plenary/default_de.htm.
Das Portal zum Recht der EU finden Sie unter: <http://europa.eu.int/eur-lex/de/index.html>.

Impressum: V.i.S.d.P. Prof. Dr. Hans-Peter Mayer

Europabüro, Bahnhofstraße 1, 49377 Vechta, Tel.: 044 41/90 99 09, Fax: 044 41/90 99 10, E-Mail: europa-mayer@t-online.de

Europäisches Parlament, Büro ASP 15 E 154, Rue Wiertz, B - 1047 Brüssel, Tel.: 0032-2-284-7994, Fax: 0032-2-284-99 94,

E-Mail: hmayer@europarl.eu.int

und

Internet: www.europa-mayer.de